



Sessionsempfehlungen Herbstsession 2026

#	Titel	Behandelnder Rat	Empfehlung
<u>26.3628</u>	Mo. Juillard. Cybersicherheit und digitale Souveränität. Eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie in der Schweiz	Ständerat 16.09.2026	Annahme der Buchstaben a. bis h; Ablehnung des Buchstaben i. (gemäss Bundesrat)
<u>24.4393</u>	Mo. Götte. Es braucht griffige Massnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung von schweizerischen Domains!	Ständerat 01.10.2026	Ablehnung. Bei Annahme Verweis auf verhältnismässige Ausgestaltung der Identifikationspflicht.
<u>25.049</u>	BRG. Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz	Nationalrat 23.09.2026	Unterstützung des Mehrheitsantrags der KVF-N (Eintreten)
<u>24.3209</u>	Mo. Juillard. Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz	Nationalrat 23.09.2026	Ablehnung
<u>26.3005</u>	Mo. SPK-S. Die Verfassung braucht einen Digitalisierungsartikel.	Nationalrat 30.09.2026	Annahme

Geschäfte im Ständerat

26.3628 Mo. Juillard. Cybersicherheit und digitale Souveränität. Eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie in der Schweiz

Darum geht es:

Die Motion verlangt vom Bundesrat eine nationale Roadmap für den Übergang zur Post-Quanten-Kryptografie. Diese soll gemeinsam mit Kantonen, Hochschulen, Forschungsinstituten, Aufsichtsbehörden und der Privatwirtschaft erarbeitet werden. Konkret soll bis Ende 2027 eine risikobasierte Migrationsstrategie zur schrittweisen Ablösung kryptografischer Verfahren, die künftig durch Quantencomputer gebrochen werden könnten, erarbeitet werden, eine Bestandsaufnahme kritischer kryptografischer Anwendungen und ihrer Abhängigkeiten gemacht werden, Pilotprojekte für besonders gefährdete Anwendungen durchgeführt werden und Zuständigkeiten innerhalb der Bundesverwaltung, insbesondere unter Einbezug des BACS und des BIT geklärt werden.

Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Annahme, lehnt aber die Forderung unter Punkt i. ab. Gemäss Punkt i. sollen mit einer Strategie die Kantone, KMU, Unternehmen und Hochschulen mit Massnahmen unterstützt werden. Zu einer dieser Massnahmen gehört die Mobilisierung nationaler Kompetenzen im Zusammenhang technologischer Souveränität, welche der gleiche Motionär in seiner Vernehmlassung 24.3209 «Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz» fordert. Konkret soll mit einer entsprechenden Gesetzesgrundlage eine eigenständige digitale Infrastruktur aufgebaut werden. Der Bundesrat lehnt diese Motion gleich wie Swico ab (siehe unten Mo. Juillard 24.3209).

Das findet Swico:

Swico empfiehlt die Annahme der Buchstaben a.-h. der Motion. Den Buchstaben i. lehnen wir ab. Swico folgt damit der Empfehlung des Bundesrats. Eine frühzeitige und koordinierte Migration zur Post-Quanten-Kryptografie stärkt die langfristige Sicherheit digitaler Infrastrukturen. Eine nationale Roadmap schafft Planungssicherheit für ICT-Unternehmen und ermöglicht es ihnen, Investitionen sowie technologische Umstellungen rechtzeitig vorzubereiten. Der risikobasierte Ansatz priorisiert besonders schützenswerte Anwendungen, ohne eine undifferenzierte oder kurzfristige Umstellung sämtlicher Systeme zu verlangen. Dabei ist wichtig, dass die Privatwirtschaft entsprechend eingebunden wird. Die Einbindung stellt sicher, dass technologische Expertise, internationale Standards und die praktische Umsetzbarkeit angemessen berücksichtigt werden. Damit leistet die Motion einen Beitrag zur Resilienz der Schweiz, sofern Doppelstrukturen und unnötige regulatorische Vorgaben vermieden werden. Die Motion mit dem Thema der digitalen Souveränität (Punkt i.) zu koppeln, erachten wir gleich wie der Bundesrat als nicht zweckmässig. Das Thema wird in unterschiedlichen Vorstössen Arbeiten bereits geprüft.

Empfehlung:

Swico empfiehlt die Annahme der Buchstaben a.-h. der Motion. Gleichzeitig empfehlen wir, den Buchstaben i. zur Ablehnung.

24.4393 Mo. Götte. Es braucht griffige Massnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung von schweizerischen Domains!

Darum geht es:

Die Motion stellt in ihrer ursprünglichen Fassung zwei Forderungen. Forderung 1: Es soll eine «Ausweispflicht» für natürliche und juristische Personen bei der Registrierung von Schweizer Domains geschaffen werden («.ch» und «.swiss»). Forderung 2: Es soll eine Ausweitung der Kompetenzen der Behörden bei der technischen und administrativen Blockierung von Domains stattfinden – konkret geht es um Sperrungen auch in anderen Fällen als «bloss» Malware und Phishing.

Der Ständerat behandelt die Motion zum zweiten Mal. In der ersten Debatte hat der Ständerat einstimmig eine Anpassung des Motionstextes beschlossen. Danach sollte auf eine «Ausweispflicht» (Forderung 1) verzichtet werden. In der folgenden Sommersession hat jedoch der Nationalrat beschlossen, an der ursprünglichen Fassung festzuhalten. Deshalb behandelt der Ständerat das Geschäft in dieser Session nochmals und entscheidet über Annahme oder Ablehnung der Motion. Die Anpassung des Wortlautes ist definitiv vom Tisch.

Das findet Swico:

Swico anerkennt die zentrale Bedeutung der Sicherheit im Internet und unterstützt Massnahmen, welche diese wirksam und verhältnismässig stärken. Das Kernanliegen der Motion, den Missbrauch von Schweizer Domains zu unterbinden, teilen wir. Massnahmen zur weiteren Stärkung der Sicherheit im Netz müssen dem Anspruch gerecht werden, wirksam und gleichzeitig mit Augenmass gestaltet zu sein, um unverhältnismässige regulatorische Eingriffe zu verhindern.

Wir sind der Meinung, dass der von der KVF-S einstimmig auf den Weg gebrachte und vom Ständerat – ebenfalls einstimmig – verabschiedete, angepasste Motionstext ein Kompromiss war, der diesem Anspruch stärker Rechnung getragen hätte als die Festhaltung an der Motion im ursprünglichen Text. Die ständerätliche Version verzichtet auf eine Ausweitung der Identifikationspflichten und beschränkt die geforderten Blockierungen auf einen eng definierten Rahmen. Damit wird das Anliegen der Motion aufgenommen, ohne dass das «Kind mit dem Bade ausgeschüttet» wird.

Die Forderung nach zusätzlichen Kompetenzen zur Blockierung missbräuchlicher Domains hat der Bundesrat im Rahmen der laufenden FMG-Revision (Bereich Sicherheit) aufgenommen (vgl. Art. 6b E-FMG). Der bundesrätliche Vorschlag im Rahmen dieser Vernehmlassung wird kritisch geprüft.

Die Forderung nach zusätzlichen Identifikationspflichten wurde nicht in die genannte FMG-Revision aufgenommen. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Ständerat in früheren Debatten zum Schluss kam, dass der mit der Ausweitung der

Identifikationspflichten verbundene Sicherheitsgewinn in keinem angemessenen Verhältnis zum zusätzlichen bürokratischen Aufwand steht:

- Es ist unverhältnismässig, 2.6 Mio. Domainhalter und jährlich 310'000 Neuregistrierungen zwingend zu identifizieren, da die Schweiz eine der geringsten Missbrauchsraten hat.
- Die Schweiz ginge weiter als die EU mit ihrer NIS2-Richtlinie, die heute – wie die Schweiz – auf einen risikobasierten Ansatz setzt. Wichtige Partnerstaaten wie Deutschland bestätigen diesen Weg in ihrer nationalen Umsetzung.
- Für Privatpersonen und Unternehmen würde faktisch eine neue Ausweispflicht im Internet geschaffen.
- Der bürokratische Aufwand für Behörden, Registrierende, Registrare, und Registerbetreiberin – und damit vor allem für KMUs – würde erheblich erhöht.
- Auch zu berücksichtigen ist, dass sich die Einführung der Schweizer E-ID verzögert und Unternehmen auf absehbare Zeit keine digitale Lösung zur Identifikation zur Verfügung stehen wird.

Es obliegt dem Ständerat, nach der Behandlung der Motion durch den Nationalrat in der Sommersession, eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen hinsichtlich Annahme oder Ablehnung der Motion im ursprünglichen Wortlaut. Swico hätte sich mit dem angepassten Wortlaut zufrieden gestellt.

Empfehlung:

Swico empfiehlt grundsätzlich die Ablehnung der Motion. Sollte der Ständerat jedoch dem Nationalrat und seiner vorberatenden Kommission folgen und die Motion im ursprünglichen Wortlaut annehmen, bringen wir mit Nachdruck zum Ausdruck, dass die Identifikationspflicht verhältnismässig ausgestaltet werden soll.

Geschäfte im Nationalrat

25.049 BRG. Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz

Darum geht es:

Das vorliegende Bundesgesetz über die Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG) bildet die gesetzliche Grundlage für die Schaffung einer zentralen, nationalen Infrastruktur zur Vernetzung und zum Austausch von Mobilitätsdaten zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Damit die Daten künftig kompatibel und verknüpft genutzt werden können, schlägt der Bundesrat den Aufbau einer vom Bund betriebenen Mobilitätsdateninfrastruktur (MODI) vor. Die MODI stellt die technische und organisatorische Basis bereit, damit die Akteure Daten sicher und dauerhaft austauschen können. Der Ständerat ist in der Sommersession nicht auf die Vorlage eingetreten. Ausschlaggebend waren Zweifel an der Notwendigkeit einer staatlichen Infrastruktur, am unmittelbaren Nutzen sowie an der Finanzierung des Projekts.

Die KVF-N beantragt ihrem Rat mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf die Gesetzesvorlage einzutreten. Die Mehrheit der Kommission erachtet es als wichtigen Schritt, die Verknüpfung von Mobilitätsdaten staatlich zu unterstützen. Auf diese

Weise sollen Effizienzsteigerungen im Mobilitätsbereich erreicht werden, ohne dafür weitere bauliche Massnahmen respektive Materialbeschaffungen vornehmen zu müssen.

Das findet Swico:

Swico unterstützt die Vorlage. Wir fordern jedoch klare Anpassungen. Die Vernetzung von Mobilitätsdaten ist die Grundlage für die Zukunft des Verkehrs. Um effiziente Verkehrslösungen zu entwickeln, benötigt es vertrauenswürdige, qualitätsgesicherte und transparent bereitgestellte Daten. Die Daten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden müssen dabei nahtlos ineinandergreifen können. Ohne Bundeskoordination verbleiben zahlreiche Datensilos mit unterschiedlichen Standards, Zuständigkeiten und Schnittstellen. Solch parallele Entwicklungen sind teuer und aufwändig.

Die Vorbehalte des Ständerates hinsichtlich der Freiwilligkeit der Datenlieferung sind unbegründet, weil faktisch alle Gemeinwesen, welche Infrastrukturen und Verkehrsleistungen bestellen und bezahlen, die Dateneinlieferung verlangen werden. Auch wirtschaftliche Fragen lassen sich nur in einer Detailberatung adjustieren. Ein Nichteintreten verbarrikadiert die Tür für jegliche Optimierung.

Wir halten jedoch fest, dass der Fokus dieser Infrastruktur zwingend auf dem Kundennutzen und innovativen Verkehrsangeboten liegen. Würde die MODI zum politischen Lenkungsinstrument für das Mobilitätsverhalten werden, ist das Ziel einer solchen Infrastruktur deutlich verfehlt. Auch soll die MODI eine neutrale Plattform für standardisierten Datenaustausch sein. Sie darf nicht zu einer Datenbank des Bundes werden, die Daten sammelt oder bearbeitet. Teilnahme, Betrieb und Zugang müssen wettbewerbsneutral ausgestaltet sein. Für Private ist es essenziell, dass Anreize geschaffen werden, damit sie bei einer solchen Infrastruktur überhaupt teilnehmen.

Empfehlung:

Swico unterstützt den Antrag der Mehrheit der KVF-N auf Eintreten.

24.3209 Mo. Juillard. Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz

Darum geht es:

Der Bundesrat soll mit dieser Motion beauftragt werden, eine Gesetzesrevision vorzulegen, damit der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen, Forschungsinstituten und der Privatwirtschaft den Aufbau einer eigenständigen digitalen Infrastruktur (einschliesslich Cloud-Dienst und Austauschplattform) vorantreiben, mitfinanzieren, steuern und überwachen kann. Der Motionär begründet die Forderung mit der Stärkung der digitalen Souveränität sowie neuen Risiken und Möglichkeiten aus dem Zusammenspiel von KI und Cybersicherheit, bspw. neue Ansätze mittels KI bei Cyberangriffen oder die Verarbeitung grosser Mengen von personenbezogenen Daten mit KI-Anwendungen und entsprechend notwendigem, sicheren Datenfluss.

Das findet Swico:

Der Ständerat hat die Motion in der Frühlingssession angenommen. Swico anerkennt die Bedeutung der staatlichen Handlungsfähigkeit im digitalen Raum, worauf sich auch der Ständerat in seiner Debatte bezog. Gleichzeitig stellen wir, wie auch der Bundesrat, den stipulierten Handlungsbedarf in Frage. Dies, zumal bereits umfassende Rechtsgrundlagen bestehen oder in Erarbeitung sind und sich bspw. auch die Swiss Government Cloud im Aufbau befindet. Swico steht der Motion weiter kritisch gegenüber. Wie bereits im Ständerat gefordert, fordern auch wir den Nationalrat auf, dass Zielsetzungen, Instrumente und mögliche Kostenfolgen detaillierter geprüft und neben der sicherheitspolitischen Perspektive auch die Wirtschaftstechnologie und Finanzaspekte miteinbezogen werden.

Empfehlung:

Swico empfiehlt die Ablehnung der Motion Juillard.

26.3005 Mo. SPK-S. Die Verfassung braucht einen Digitalisierungsartikel**Darum geht es:**

Mit der vorliegenden Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament eine Botschaft und entsprechenden Entwurf für einen Digitalisierungsartikel in der Bundesverfassung vorzulegen. Die Grundprinzipien der von Bund und Kantonen getragenen Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) sollen beachtet werden. Mit einem "Digitalisierungsartikel" in der Verfassung soll deshalb eine neue Bundeskompetenz mit spezifischen Regeln zur Mitwirkung der Kantone, Städte und Gemeinden geschaffen werden, damit künftig wesentliche Standards, wie beispielsweise solche für den Datentransfer zwischen Behörden, für alle Gemeinwesen verbindlich sind. Eine gleichlautende Motion von Ständerat Würth (24.4045) wurde in der Frühlingssession zurückgezogen. Man einigte sich auf die Kommissionsmotion, die dem Bundesrat mehr Spielraum bei der konzeptionellen Umsetzung erlaubt.

Das findet Swico:

Swico empfiehlt die Annahme der Motion SPK-S. Die Kommissionsmotion übernimmt die Anliegen der ursprünglichen Motion Würth vollumfänglich, ohne den Handlungsspielraum des Bundes mit einem vorformulierten Text einzuschränken.

Von einem Digitalisierungsartikel in der Verfassung erhoffen wir uns eine stärkere Grundlage für eine bessere Koordination zwischen Bund und Kantonen in Sachen digitaler Projekte. Die weitere Digitalisierung und einheitliche Standardisierung sorgt für Effizienz und Effektivität – Fehlerquellen, wie bspw. bei der Berechnung und Publikation der Wahlergebnisse für den Nationalrat 2023, könnten sich so vermeiden lassen.

Empfehlung:

Swico empfiehlt die Annahme der Motion SPK-S.
